

löwenzahn

Mitteilungsblatt der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig _Heft 02| 2012

Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung! ↗ Seite 3

Quo vadis Kinder- und Jugendhilfe? ↗ Seite 6

Leipzig – menschlich und lebenswert! ↗ Seite 10

Gemeinsam für Leipzig!



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



Liebe Leserin, lieber Leser!

Zwischen den Kommunalwahlen 2009 und 2014 ist die Halbzeit bald erreicht. Mit dem Ihnen vorliegenden „Löwenzahn“ gibt die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat Auskunft über ihre Tätigkeit und legt Rechenschaft über das bisher Geleistete ab.

Die siebzehn linken Stadträte waren in den vergangenen zweiinhalb Jahren aktiv und haben sich mit 62 Anträgen, 92 Haushaltsanträgen, 145 Anfragen und über zweihundert Reden in das Stadtgeschehen eingemischt. Dabei waren unsere Schwerpunkte entsprechend des Kommunalwahlprogramms der LINKEN auf eine soziale, kulturvolle, grüne und nachhaltige Entwicklung unserer Heimatstadt gerichtet, auf den Erhalt und die Stärkung ihrer kommunalen Unternehmen, mehr aktive und direkte Bürgerbeteiligung sowie die Einbindung der Leipziger Entwicklung in die der Region Mitteldeutschland. Dabei suchten und nutzten wir die enge Zusammenarbeit mit den linken Bürgermeistern. Es gelang, die kulturlose und würdelose Abwahl des Kulturbürgermeisters zu verhindern. Wir machten uns stark für den Erhalt der Musikalischen Komödie und des Naturkundemuseums. Für die scheinbar „alternativlose“ Grundsteuererhöhung erbrachten wir eine nachgewiesene solide Gegenfinanzierung. Erfolge hatten wir auch beim Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Neuberechnung der Kosten der Unterkunft (KdU). Auf umweltpolitischem Gebiet haben wir uns erfolgreich u. a. um die Entlastung der Wohngebiete von



Auf DIE LINKE ist Verlass!

Die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden in der Mitte der laufenden Legislaturperiode bedeutet keinesfalls einen Kurswechsel, zumal der weitere Fraktionsvorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt wurde. Allerdings können einige neue Impulse dazu beitragen, sowohl den produktiven Zusammenhalt innerhalb der Fraktion als auch deren Wirksamkeit nach außen zu verbessern. Im Vergleich zu anderen Stadtratsfraktionen haben wir eine geradezu ideale Mischung aus fachlicher Kompetenz, Lebenserfahrung und jugendlicher Frische.

Die Fraktion DIE LINKE versteht sich nach wie vor als alternative Gestaltungspartei mit dem Anspruch, ihren eigenständigen Beitrag zur Bewältigung der wachsenden Herausforderungen und Probleme unserer Stadt zu leisten. Bei unseren im Kommunalwahlprogramm ausgewiesenen vier Schwerpunkten werden wir die verbleibende Zeit bis zur nächsten Stadtratswahl 2014 nutzen, um Initiativen zu ergreifen, die unser Profil schärfen. So setzen wir uns erstens für mehr Existenz sichernde Arbeitsplätze sowohl auf dem ersten als auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt ein. Neben der

Lärm und Staub durch die Verlagerung des Schwerlastverkehrs bemüht. Auf beschäftigungspolitischem Gebiet erreichten wir den Beschluss über ein Modellprojekt im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn. Unterm Strich wurden mehr als die Hälfte unserer Anträge im Stadtrat beschlossen.

Erfolge erreichten wir besonders dann, wenn es gelang, den Spagat zwischen Mehrheitsfindung und Bewahrung unseres eigenen Profils zu erreichen und dabei Sie, liebe Leipzigerinnen und Leipziger, mitzunehmen. Unsere Internetseite, zahlreiche Bürgerforen, Bürgersprechstunden, Flyer, über 450 Presseerklärungen und nicht zuletzt unser „Löwenzahn“ zeugen davon. In allen zehn Wahlkreisen sind linke Stadträte vor Ort, alle und alles im Ehrenamt. Wir Stadträte arbeiten im kommunalen Interesse in Aufsichtsräten und Zweckverbänden, in Beiräten, Vereinen und Verbänden.

Haben Sie, liebe Leipzigerinnen und Leipziger, Fragen und Kritiken, Anregungen und Vorschläge für unsere Arbeit, sprechen Sie uns bitte an! Informieren Sie sich – die Stadt lebt vom Bürgerengagement. Und das setzt informierte Bürger voraus.

Denn Leipzig – das sind nicht nur wir. Leipzig – Das sind vor allem Sie!

Ihre Dr. Ilse Lauter

Förderung einheimischer Betriebe erachten wir stabile kommunale Unternehmen für überlebensnotwendig. Zweitens bleiben wir gerade in Leipzig die Partei, die sich für soziale Gerechtigkeit und ein selbst bestimmtes Leben aller Generationen stark macht. Gerade deshalb fordern wir einen gerechten Soziallastenausgleich auf Landesebene, weil unsere Stadt allein wachsende Armut, verbunden mit überdurchschnittlich hohen Haushaltsbelastungen, nicht überwinden kann. Drittens wollen wir mit dafür sorgen, dass sich die Lebensqualität und Anziehungskraft Leipzigs und seiner Ortsteile weiter erhöht. Viertens schließlich wollen wir mit dazu beitragen, dass unsere Stadt bessere Rahmenbedingungen für das selbstbewusste und eigenverantwortliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger bietet.

Wir stellen uns dem Wettbewerb mit den anderen Fraktionen im Stadtrat, indem wir unsere Politik an Sachfragen orientieren und um Mehrheiten für unsere Anliegen werben. Wir wollen nach dem Grundsatz „Auf DIE LINKE ist Verlass!“ erkennbar bleiben.

Ihr Sören Pellmann

Verkauf der LVV-Töchter ist Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung



Die Fraktion sieht in der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) ein wesentliches Element zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Über ihre Töchter sichert sie zuverlässig die Trinkwasserversorgung und die Beseitigung des Abwassers, einen hohen Standard des öffentlichen Personennahverkehrs sowie eine ökologisch determinierte Energieversorgung. DIE LINKE hütet die LVV wie ihren Augapfel – ein Verkauf der Töchter ist für uns ein Angriff auf die kommunale Selbstbestimmung.

Trotzdem gelang es durch verbrecherische Handlungen der ehemaligen Geschäftsführer der Kommunalen Wasserwerke (KWL), die LVV in eine tiefe Finanzkrise zu stürzen. Auch wenn DIE LINKE davon ausgeht, dass die von ihnen abgeschlossenen Verträge rechtswidrig sind, werden die Stadt und die LVV gezwungen, für den Fall einer gerichtlichen Niederlage Rücklagen zu bilden – Geld, das der gedeihlichen Entwicklung der Stadt, wie auch der LVV fehlt. In Krisenzeiten – und die hat die LVV seit 2009 – verdienen sich Anwälte und Berater dumm und dämlich, der Bürger geht jedoch leer aus.

Allerdings sind nicht alle Verwerfungen im LVV-Verbund auf die ehemaligen Geschäftsführer Heiniger und Schirmer zurückzuführen. Seine Finanzausstattung wäre auch so problematisch. Die Ursachen liegen in den Aufwendungen für die Rückkäufe der Stadtwerkeanteile, den Aktienkäufen der Verbundnetz Gas und EEX, welche die LVV selbst schultern musste. Sie ist dabei voll in das unternehmerische Risiko gelaufen. Darüber hinaus verlangt die Stadt, dass die LVV die Sacheinlagen Stadtwerke (SWL), Wasserwerke (KWL) und der Verkehrsbetriebe (LVB) analog einem Darlehen zurückzahlt.

Deshalb sieht DIE LINKE, dass der Unternehmensverbund stark vitalisiert werden muss. Es geht darum, Synergien zu heben und die eingesparten Finanzmittel in Investitionen zu stecken. Kritisch sehen wir dabei den geplanten Totalumbau der LVV, der durchaus mit der Kombinatleitung in der DDR vergleichbar ist. Hier entfernt sich die Leitung sehr weit von den

scheint es dringend angeraten, die Potenziale für die Zusammenarbeit mit der Stadt zu erschließen. Unserer Meinung nach ziehen hier nicht alle Mitarbeiter der Stadt an einem Strang.

DIE LINKE erkennt, dass vor allem die Finanzausstattung der LVB nicht ausreicht, um auch in Zukunft die einfache Reproduktion des Nahverkehrsnetzes und der



Azubiprotest gegen Privatisierungspläne kommunaler Unternehmen

Wertschöpfungsprozessen. Letztlich führt so etwas zu aufgeblähten Strukturen, obwohl man schlanke erzeugen will.

Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass z. B. eine gemeinsame Ausbildung aller Lehrlinge im Verbund angestrebt wird. Sie öffnet auch die Augen für alle Bereiche der LVV. Wir sehen darüber hinaus, dass ein gemeinsamer Einkauf von Software und Energie, das Vorhalten eines gemeinsamen KFZ-Parkes u. v. m. auf der Tagesordnung stehen. Auch

Fahrzeugflotte zu sichern. Hier sind wir in erheblichem Maße aktiv geworden.

DIE LINKE fordert, dass die Töchter in die Zukunft investieren. Erneuerbare Energien, moderne Abwasseraufbereitung, ein leiser, pünktlicher und bürgerorientierter ÖPNV bleiben unsere Ziele. Letztlich verlieren wir auch nicht aus dem Auge, dass der Leipziger Bürger von erschwinglichen Preisen und Tarifen partizipieren soll.

➤ Reiner Engelmann

- A 10 „Prüfung eines zeitnahen Ausstiegs der Stadt Leipzig aus bestehenden Cross-Border-Leasing-Verträgen (CBL)“
- A 28 „Unternehmensanleihe der Kommunalen Wasserwerke GmbH“
- A 132 „Erweiterung der Hauptsatzung durch eine Regelung zu Bürgerentscheiden“



Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf den Markt verhindern

Es gibt in der Stadt ca. 175.900 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Seit 2009 hat sich die Zahl der Firmen um 7,43 % auf 41.514 erhöht. Allerdings sind es die Dienstleistungsbereiche (+ 529) und Freiberufler (+715), die signifikante Zuwächse zu verzeichnen haben. Das verarbeitende Gewerbe mit 155 auf 1.018 Firmen hinkt dem Aufwärtstrend leider hinterher. Die Ar-

wurde der Auftrag zu einer Analyse der Entwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung in Leipzig in den Jahren 2008 bis 2011 erteilt, um daraus Schwerpunkte für die konzeptionelle Arbeit abzuleiten, die im Herbst 2012 beginnen kann. Durch unseren A 165 „Erarbeitung eines Konzeptes für ein Modellprojekt des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)“ wird

hat mit der Studie von Prof. Dr. Kirchgorg von der Leipziger Handelshochschule eine wissenschaftliche Grundlage erhalten. Durch unsere Beteiligung konnten wir zum Gelingen beitragen. Unsere Fraktion unterstützt diesen Prozess, dessen Methode die Entwicklung der Wirtschaftsschwerpunkte ist, ohne die erforderlichen Netze zu vernachlässigen.



Dr. Ilse Lauter mit den Fraktionsvorsitzenden vom Landkreis Leipzig Heike Werner (2. v. l.) und von Nordsachsen Dr. Michael Friedrich (4. v. l.) bei der Abstimmung wirtschaftspolitischer Aktivitäten

beitslosigkeit ist seit 2010 um ca. 10 % zurückgegangen, trotzdem gibt es in Leipzig ca. 30.000 Menschen ohne Arbeit sowie 32.000, die ausschließlich geringfügige Entlohnung erhalten. Umso wichtiger ist, dass öffentlich geförderte Beschäftigung weiter existiert. In den letzten Jahren wurden die Mittel erheblich gekürzt. Es wurden neue Instrumente eingeführt. Andere, wie der Kommunal-Kombi, liefen aus. Nur unsere Fraktion wies immer wieder, mit Blick auf die bestehende Langzeitarbeitslosigkeit, auf die Notwendigkeit öffentlich geförderter Beschäftigung hin. Mit unserem A 200 „Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Leipzig“

nunmehr ein Konzept für ein Modell mit Mindestlohn erarbeitet. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Metropolregion Mitteldeutschland. Wir setzten uns schon lange dafür ein, dass aus einem Lippenbekenntnis eine weitsichtige Strategie der Stadt wird. Leipzig wird der größte Nutznießer in dieser Metropolregion sein, deshalb muss Leipzig endlich Treiber im Prozess werden. Die gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft mit den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig könnte den Prozess ankurbeln. Die weitere Annäherung der wirtschaftspolitischen Ansätze von Leipzig und Halle ist permanentes Ziel. Die strategische Clusterförderung

Die von der CDU Fraktion aufgewärmte Debatte zu Projekten Public Private Partnership (PPP-Projekten), vornehmlich für den Schulbau, erstaunt uns auch angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung selbst solche Projekte für öffentliche Einrichtungen ablehnt. Sie zeigt uns aber auch, dass wir aufpassen müssen. PPP-Projekte sind Handlungen, bei denen die Risiken bei der öffentlichen Hand bleiben und Vorteile privaten Investoren zugeführt werden. Wir werden Kraft brauchen, um die Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf den Markt zu verhindern. Wir haben also auch zukünftig viel zu tun.

➤ William Grosser

- A 41 „Fortschreibung des Konzepts zur Mitwirkung in der Metropolregion Mitteldeutschland“
- A 165 „Erarbeitung eines Konzeptes für ein Modellprojekt des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)“
- A 200 „Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Leipzig“

Sozial- und Gesundheitspolitik als Schwerpunktaufgaben



Gleich mit dem ersten Antrag in der neuen Wahlperiode wurde durch die Fraktion ein in Leipzig leider brandaktuelles Thema angefasst. Immer noch ist fast jedes dritte Kind in der Pleißestadt gezwungen, in Armut aufzuwachsen. Der Oberbürgermeister wurde deshalb mit unserem Antrag beauftragt, ein Konzept zur Prävention und zur Bekämpfung der Kinderarmut zu erstellen. Die im Juni 2011 neu gefasste Richtlinie der Stadt Leipzig für die Kosten der Unterkunft erfüllt nach unserer Meinung noch immer nicht die Anforderungen, die das Sozialgericht an eine solche Richtlinie stellt. Deshalb haben wir erneut einen Antrag zu den Kosten der Unterkunft in das Verfahren eingebracht, in dem die Stadtverwaltung aufgefordert wird, die entsprechende Richtlinie neu zu erstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Sozialpolitik war das in dieser Wahlperiode durch den Bund eingeführte Paket zur Erbringung von Leistungen für die Bildung und Teilhabe für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Die Umsetzung dieses mit heißer Nadel gestrickten Gesetzes war für die Stadt eine große Herausforderung. Wir haben die Umsetzung des Gesetzes in Leipzig kritisch begleitet, aber auch, wo es nötig war, die Verwaltung unterstützt. So haben wir in unserem Antrag zum Bildungs- und Teilhabepaket die Stadt aufgefordert, sich darum zu bemühen, dass die Umsetzung in die Verantwortung der Stadt gegeben wird.

Der sachgerechte Mitteleinsatz bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes war das Motiv unserer Anfrage vom Februar 2012. Diese Kontrolle des Mitteleinsatzes beim Bildungs- und Teil-

habepaketes werden wir zukünftig in regelmäßigen Abständen durchführen. Auf unseren Antrag hin hat die Stadt eine Informationsbroschüre über die kommunalen Leistungen im Rahmen des SGB II herausgebracht. Damit ist es den Betroffenen zum ersten Male seit Einführung von Hartz IV möglich, sich in einem ausführlichen Heft über die ihnen zustehenden Leistungen zu informieren. Mit unseren Anfragen zur Problematik der überdurchschnittlich hohen Sanktionen und der nicht ausgeschöpften Bundesmittel in der Beschäftigungsförderung durch das Jobcenter sowie mit den Anfragen zu den Stromabschaltungen bei Privathaushalten und den Kosten von Sozialbestattungen haben wir unser Kontrollrecht ausgeübt und damit so manchen Missstand öffentlich gemacht.

In der Gesundheitspolitik lag bisher der Focus der Fraktion bei den sich jährlich verschlechternden Ergebnissen der ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen in den Kindertagesstätten. Daneben wurde von uns aber auch der Ärztemangel in Leipzig mittels einer Anfrage thematisiert. Aber durch die Kürzungen der Mittel der Landesregierung bei den freien Trägern der Suchthilfe und die aufkommende unsachliche Diskussion in der Stadt über die städtische Drogenpolitik wurde ein weiteres Thema in

"Leipzig braucht DIE LINKE im Stadtrat für die Planung und gerechte Verteilung sozialer Mittel."

↳ Frank Schaefer
Leipziger Erwerbslosenzentrum (LEZ) e. V.

der Gesundheitspolitik aufgemacht. Deshalb haben wir 2011 einen Haushaltsantrag zur Förderung von Suchtprogrammen eingebracht. Durch die Zustimmung des Stadtrates zu dem Antrag konnten wir zwei Dinge erreichen: Erstens wurde den freien Trägern wenigstens ein Teil weg-



gebrochene Landesmittel ersetzt. Und zweitens haben wir damit das Zeichen gesetzt, dass die Fraktion uneingeschränkt zu den Drogenpolitischen Leitlinien der Stadt steht.

↳ Naomi-Pia Witte

- A 1 „Erstellen eines Konzeptes zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut“
- A 7 „Konzept für die weitestgehend dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten in Leipzig“
- A 52 „Informationsbroschüre zu den von der Kommune zu erbringenden Leistungen für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II“
- A 119 „Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB II zweites Buch Sozialgesetzbuch“
- A 201 „Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“
- HP 035/11 „Erhöhung der Kosten der Unterkunft auf monatlich 4,05 Euro/m²“
- HP 028/12 „Erhöhung der Fördermittel für Vereine und Verbände im Bereich des Sozialamtes“



Quo vadis Kinder- und Jugendhilfe?

In Leipzig war und ist die Arbeit im Bereich Kinder- und Jugendförderung vor allem ein Verteidigungskampf. Mit der Kürzung der Jugendpauschale 2010 nahm die sächsische Landesregierung die schwersten Einschnitte in diesem Bereich seit 1990 vor. Während die Linksfraktion an der Seite der Freien Träger der Jugendhilfe für die Angleichung der stagnierenden kommunalen Förderung an den wachsenden Finanzbedarf stand, riss die Landeskürzung ein Loch von über einer halben Million Euro. Dies hat genau wie der Wegfall von Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen und Bundes-Co-Finanzierungen im Bereich der Jugendberufshilfe in der gewachsenen, pluralen und qualitativ hochwertigen Jugendhilfelandchaft spürbare Folgen hinterlassen. So müssen inhaltliche Angebote, Öffnungszeiten von Jugendeinrichtungen und Personal Jahr für Jahr weiter reduziert werden. Angesichts wachsender sozialer Verwerfungen einerseits und dem stetigen Anwachsen der Geburtenrate seit der Jahrtausendwende andererseits ist diese Entwicklung fatal. Kinder und Jugendliche brauchen Räume ohne Leistungsdruck, Angebote, die ihnen kostenfrei zur Verfügung stehen und qua-

lifizierte Bezugspersonen, die nicht unter prekärer Beschäftigung und Druck leiden! Mit einigen Haushaltsanträgen trug die Linksfraktion zur Schadensbegrenzung bei. So konnte die für 2011 vorgesehene Schließung der Offenen Jugendfreizeittreffs Halle 5 und BAFF abgewendet werden, für 2012 wurde eine Erhöhung des Etats um 100.000 Euro errungen. Die faktische Kürzung über bestehende Projekte bleibt jedoch bestehen und neue Angebote haben kaum eine Chance auf Förderung.

Doch es sind auch Erfolge für Infrastruktur und die inhaltliche Arbeit im Bereich Kinder- und Jugendförderung erzielt worden: Auf Initiative der Linksfraktion wurden 2010 Gelder für die dringenden baulichen Instandsetzungsmaßnahmen an den OFT Mühlholz und Insel und für die Komplettanierung des Jugendkulturzentrums KAOS beschlossen.

Zum Beginn des Jahres nahm die Outlaw gGmbH die Arbeit als neuer Träger des Leipziger Fussballfanprojektes auf. Damit hatte ein mehr als zwei Jahre andauerndes, zähes Ringen mit dem Freistaat Sachsen endlich ein Ende. Auch die Gründung der Initiative Jugendparlament

Leipzig geht auf einen Beschluss des Stadtrates im Jahr 2009 zurück und wird nun mit Leben erfüllt. Auch diesen Prozess begleitet die Linksfraktion aktiv.

Der Zustand der Jugendhilfelandchaft in Leipzig bleibt jedoch prekär. Qualität und Vielfalt der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen steht und fällt indes mit der finanziellen Ausstattung der Träger. Dafür müssen u. a. die vor vielen Jahren zwischen ihnen und der Stadtverwaltung vereinbarten fachlichen Qualitätsstandards wieder ernsthafte Grundlage der Finanzierung der Träger werden. Darüber hinaus ist es an der Zeit, mehrjährige Verträge zwischen Stadtverwaltung und freien Trägern der Jugendhilfe in ausgewählten Leistungsbereichen auf den Weg zu bringen. Dies würde den Trägern Planungssicherheit geben, Bürokratie minimieren und den Raum für die eigentliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erweitern. Arbeit, die dazu beiträgt, die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und jungen Menschen zu sichern, Benachteiligungen abzubauen und die Entwicklung von demokratiefähigen und selbstbestimmten Persönlichkeiten zu unterstützen. *↳ Juliane Nagel*



Leipzig war, ist und bleibt Sportstadt

Leipzig hat einen linken Sportbürgermeister, der die Interessen der Vereine kennt, die Probleme ernst nimmt und nach Veränderungen sucht. Unsere Mitglieder im Fachausschuss Sport unterstützen ihn. Grundlage unserer Aktivitäten ist dabei das „Sportprogramm 2015“. Bei der Erarbeitung des Masterplanes für den Sport in der Stadt konnte die Linksfraktion wesentliche Akzente setzen. Es gilt nun, das Programm mit Leben zu erfüllen. 2011 wur-

de die Dreifeldhalle an der Radrennbahn eröffnet. Die Dreifeldsporthalle am Rabet befindet sich gegenwärtig im Bau. Mit diesen Investitionen, die durch Anträge unserer Fraktion mit initiiert wurden, werden sich die Bedingungen für die Ballsportarten wesentlich verbessern. Die Dachsanierung der Radrennbahn, die ebenfalls auf unsere Initiative erfolgt ist, wird dazu beitragen, die großen Radsportraditionen in Leipzig fortzusetzen. Einen anderen Schwerpunkt se-

hen wir in der ständigen Unterstützung der Vereine, z. B. bei baulichen Investitionen, in der Sicherung der Hallen- und Platzwarde durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Leider ist uns hier nicht alles gelungen. Verschiedene Aktivitäten scheiterten an der Unterstützung der Mitglieder anderer Fraktionen, aber auch an Bundes- und Landespolitik. Sport sichert Lebensqualität in jedem Alter, das sollten wir nicht vergessen. Wir bleiben dran. *↳ Margitta Hollick*

Fehlende Kita-Plätze sind und bleiben ein Dauerthema



Eine bedarfsdeckende Erweiterung des Platzangebotes an Kindertagesstätten, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Bildungs- und Erziehungsprozess, die Verringerung des Investitionsstaus sowie eine höhere finanzielle Beteiligung des Freistaates Sachsen an den steigenden Kosten der Kinderbetreuung sind wesentliche Zielstellungen, die sich die Linksfraktion gestellt hat.

Obwohl in den letzten sieben Jahren ca. 12.000 neue Kindertagesstättenplätze geschaffen wurden, kann der tatsächliche Bedarf gegenwärtig nicht gedeckt werden. Verantwortlich dafür sind der weiter anhaltende Babyboom, die begrenzten

Mittel der Kommune, die seit Jahren stagnierenden Landeszuschüsse sowie die Versäumnisse in der Vergangenheit.

In einer öffentlichen Veranstaltung unserer Fraktion 2010 zum Thema Kindertagesstätten wurde hervorgehoben, dass die Anstrengungen zur Schaffung weiterer Plätze unvermindert fortzusetzen sind, um dem ab 1.8.2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz entsprechen zu können. Wir haben in zahlreichen Anfragen an den Oberbürgermeister die Problematik immer wieder thematisiert.

Neben der Versorgungssituation war es für uns sehr wichtig, die 2009 begonnenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung auch

"Auch wenn es nicht immer übereinstimmende Auffassungen gab, waren DIE LINKEN für die Freien Träger der Jugendhilfe immer ein Partner."

↳ Matthias Heinz / Kindervereinigung Leipzig e. V.

in der neuen Wahlperiode fortzuführen. Auf Antrag der Linksfraktion wurden 450.000 Euro zur Finanzierung von Modellprojekten und für zusätzliche Vor- und Nachbereitungszeit der Erzieherinnen in den Haushalt eingestellt.

↳ Rüdiger Ulrich



Demo am 19. Januar 2011 vor der Ratsversammlung gegen Kürzung bei der Jugendhilfe

- A 37 „Keine Kürzung der Mittel für die Kinder- und Jugendhilfe“
- HP 020/12 Erhöhung der Mittel für Bauinvestitionen in Schulen“
- HP 033/10 „Komplettsanierung des Gebäudes des Jugendkulturzentrums KAOS, Wasserstraße 18“
- HP 035/10 „Sicherung einer hohen Qualität in den Kitas“
- HP 037/12 „Einstellung eines Beteiligungshaushaltes für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“
- A 219 „Nachnutzung von wiederverwendungsfähigen Projekten bei Neubau von Kitas, Schulen und Sporthallen unter Berücksichtigung von Lage und Standort“



Sicherheit heißt vor allem Prävention

Unstrittig ist die Kriminalitätsentwicklung der Stadt erschreckend. Sicherheitspolitik heißt für die Linksfraktion daher in erster Linie Prävention. Es sind vor allem die Ursachen jener Besorgnis erregenden Entwicklung zu bekämpfen. Ein verkürztes Sicherheitsdenken hilft nicht weiter. Deshalb wird es eine law-and-order Politik à la CDU nicht geben. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger

der Kleingärtner Begehndienste ein. Diese wurden durch die Arbeitsagentur gefördert. Inzwischen ist jedoch deren Mittelbereitstellung dafür fast bei Null. Wir thematisierten diese Situation im Stadtrat und konnten für einen entsprechenden Antrag Mehrheiten erringen. Nun ist der Oberbürgermeister in der Pflicht, diesen umzusetzen. Darauf werden wir drängen. Mit guter Präventionsarbeit sinkt in jedem

aber müssen die bestehenden erhalten bleiben.

Der Kriminalpräventive Rat ist ein Gremium, in dem vor allem Stadtverwaltung und Polizei ihre Handlungen zusammenführen und koordinieren. Hier findet Erfahrungsaustausch statt, und es werden Ideen entwickelt. Es hat lange gedauert, bis die anderen Fraktionen erkannt haben, dass die Wirksamkeit dieses Gremiums

davon abhängt, inwieweit der Stadtrat hinter ihm steht. Dafür haben wir uns stark gemacht.

In mehreren Veranstaltungen suchten wir seit 2009 den öffentlichen Dialog mit dem Polizeipräsidenten und waren bemüht, die Auswirkungen der angestrebten Polizeireform transparent zu machen. Bestätigt wurde der katastrophale Umstand, dass es zu erheblichen Kürzungen kommen wird. Die Auswirkungen werden wir alle spüren, wenn Hunderte Polizisten und einige Reviere weniger für die Sicherheit der Leipzigerinnen und Leipziger



im Gefühl der Sicherheit am öffentlichen Leben teilnehmen können. Die Leipziger Kleingärten sind ein Kleinod. Viele aktive Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, aber auch viele Spaziergänger verbringen hier ihre Freizeit. Die Sicherheitslage in den Anlagen hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Immer wieder werden Einbrüche und Brandstiftungen bekannt. Oft wird damit die Arbeit vieler Jahre zerstört. Um hier präventiv zu wirken, richteten die Stadt und der Stadt- und Kreisverband

Fall die Kriminalitätsrate. Dabei muss dieses Thema Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadt sein. Die Realität ist jedoch anders: In allen Bereichen unserer Stadt kommt es durch den SPD-Oberbürgermeister und seinen CDU-Kämmerer zu Einschnitten, egal, ob im Jugend-, Kultur-, Sozial- oder im Bildungsbereich. Allein mit Investitionen in die Infrastruktur und in den Bau neuer Gebäude kommen wir nicht voran. Es müssen inhaltliche Angebote hinzukommen, zumindest

sorgen. Die Diskussion zum illegalen Drogenkonsum und der damit verbundenen Kriminalität hat in den letzten zwei Jahren breiten Raum eingenommen. Immer wieder betonte die Polizei, dass fast jede zweite Straftat in Zusammenhang mit Drogen steht. Die Veröffentlichung aktueller Zahlen spricht eine andere Sprache: Lediglich 2,3% aller Straftaten haben einen direkten Bezug dazu. Hier werden wir uns weiter um eine Versachlichung der Debatte bemühen. *↳ Sören Pellmann*

• A 148 „Sicherheitslage in den Kleingartenanlagen“

• A HP 42/11 und 43/11 „Einstellung von Planungsmitteln für die Hauptfeuerwache und für ein Feuerwehrtechnisches Zentrum“

Erst durch Kultur wird Wissen zu Bildung!



Die Leipziger Kulturlandschaft ist aktuell nachhaltig verunsichert. Wohin der neugierige Blick sich auch immer wendet, überall Baustellen. In der Freien Szene bröckelt die Struktur, weil Vereine, Politik und Verwaltung in den vergangenen Jahren auf Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes vertraut haben. Das Naturkundemuseum vegetiert vor sich hin, und noch immer gibt es keinen belastbaren Plan, wie es konzeptionell, baulich und finanziell mit der einzigartigen Sammlung weitergeht. Das Gewandhaus steht ohne Verwaltungsdirektorin da, das Ensemble der Muko wird beinahe täglich mit neuen Vorschlägen aus den politischen Fraktionen überrascht, die selten Gutes verheißten, dem Centraltheater laufen auch noch die wenig verbliebenen Zuschauer davon, und in allen fünf Häusern ist ein gewaltiger Investitionsstau aufgelaufen.

Nichtsdestoweniger sind wir in unserer Stadt reich an Kultur. Vor wenigen Wochen eröffnete der dritte und letzte Teil der Dauerausstellung und das Museum für Angewandte Kunst kann seine weltweit beachteten Kostbarkeiten der angewandten Kunst zeigen. Das Gewandhausorchester gehört zu den renommiertesten der Welt und trägt den Ruhm unserer Stadt, gleich dem Thomanerchor, in alle fünf Erdteile. In Leipzig steht das älteste deutsche Kinder- und Jugendtheater, das mit seinem Angebot Maßstäbe setzt und zudem aus allen Nähten platzt. Mario Schröder schreibt die Leipziger Balletttradition von Uwe Scholz kongenial fort, und auch ihm liegt das Publikum zu Füßen. Die lebendige Vielfalt unserer Freien Szene ist in Ostdeutschland – ausgenommen Berlin – ohne Vergleich. Professionelles freies

Theater und Tanz gehen Hand in Hand mit soziokulturellen Angeboten, kaum eine Nische, die in Leipzig nicht besetzt wäre. Die Operette als Volkstheater mit einem populären, aber künstlerisch anspruchsvollen Musicalangebot, wird vom Publikum geliebt, so dass der Zugereiste kaum verstehen mag, warum die Musikalische Komödie stets aufs Neue zur Zielscheibe von Kürzungsfetischisten wird. Die Leipziger Kabarettsszene nimmt, nach zugegeben mageren Jahren, frischen Wind auf und lotet allabendlich

in sächsischer Mundart die Untiefen des Alltags der kleinen Leute aus. In der einstigen Buchstadt Leipzig entstehen zunehmend kleine Verlage, die mit aufwendig produzierten Büchern zwar wenig Geld, aber umso mehr Hochachtung verdienen. Stadtbibliothek, Volkshochschule, Zoo und

Musikschule haben wachsenden Zulauf und arbeiten an der Kapazitätsgrenze. Hinter all diesen Angeboten stehen Hunderte von Menschen, die ihre Kraft und ihr Engagement der Kultur dieser Stadt widmen. Selten nur fragen sie nach Ruhm, Ehre und Reichtum. Ihnen sei an dieser Stelle ein aufrichtiger und herzlicher Dank entgegengeschmettert.

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt mit ihren politischen Aktivitäten all diese Men-

schen. Wir werden bis zum Schluss für den Erhalt der Musikalischen Komödie streiten. Die Fraktion DIE LINKE macht sich stark für ein zukunftsfähiges Konzept für das Naturkundemuseum in 2012 und dessen zügige Umsetzung in den Folgejahren. Die Fraktion DIE LINKE wird bei der Förderung der Freien Szene mit 5 % des Kulturretats keine haushalterischen Tuschenspielertricks à la Bonew zulassen. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich ein für ein Theaterhaus im Leipziger Westen, be-



trieben von Schaubühne, Löffl, Leipziger Tanztheater und Westflügel. Die Fraktion DIE LINKE lässt keine Schwächung von Theatrum und Cammerspiele zu. Die Fraktion DIE LINKE streitet seit 2010 für eine transparente Förderrichtlinie Kultur. Die Fraktion DIE LINKE fordert ein langfristiges Zukunftskonzept für die großen Häuser und für die Freie Szene. Die Fraktion DIE LINKE weiß: Erst durch Kultur wird Wissen zu Bildung!

Dr. Skadi Jennicke

- A 97 „Normenkontrollverfahren auf kommunalen Antrag gegen die Änderung d. Sächs. Kulturraumgesetzes“
- A 130 „Standort für das Leipziger Tanztheater e. V.“
- A 146 „Planungsbeschluss zur Sanierung und für einen Ergänzungsbau für die Musikalische Komödie“
- HP 029/11 „Erhöhung des Anteils der Freien Szene Kultur“
- HP 059/11 „Erhöhung des Zuschusses für das Naturkundemuseum“
- HP 033/12 „Rücknahme des Personalabbaus bei den städtischen Bibliotheken“



Leipzig – menschlich und lebenswert

Mit dem Start in die neue Wahlperiode setzten wir uns zahlreiche Ziele in der Stadtentwicklung. Wir sehen den untrennbaren Zusammenhang von baulicher, sozialer und demografischer Entwicklung, die eine sozial gemischte, familienfreundliche, durchgrünte und ökologische Stadt befördert sowie soziale Polarisierung vermeidet oder zumindest vermindert. Jährlich stellt DIE LINKE Haushaltsanträge zur Bereitstellung von Eigenmitteln, um damit Fördermittel aus unterschiedlichen EU-, Bundes- und Landesprogrammen, wie EFRE, URBAN II oder „Soziale Stadt“ zu nutzen. Besonders in Grü-

nau, im Leipziger Osten und Westen, aber auch im Süden oder Gohlis wurden jährlich mit Millionenbeträgen zahlreiche Projekte umgesetzt. Stadtumbau ist für uns Teil sozial-ökologischer Stadterneuerung, die langfristig mit Bürgerbeteiligung zu organisieren ist. Neben guter Architektur, Funktionalität und energetisch ertüchtigten Gebäuden wollen wir attraktive öffentliche Räume ohne willkürliche Beschränkungen, die zum Verweilen einladen und soziale Kommunikation befördern. Massiv wandten wir uns gegen die Vorgehensweise des Oberbürgermeisters, der sich über Baurecht hinwegsetzend, den Forderungen des Investors Unister am Brühl unterwarf. Unser dazu gestellter Antrag für einen Bebauungsplan erzielte als Kompromiss, dass künftig für die Innenstadt wieder Baurecht eingehalten sowie höhere Maßstäbe an Architekturqualität angelegt



Baustelle Höfe am Brühl

werden. Schließlich sollte jeder Investor, der bei der Wahl eines Standortes hohe Ansprüche an die Nachbarschaft stellt, diese ebenso selbst erfüllen.

In diesem Jahr wurde die von uns geforderte Ergänzung des 2009 beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (Seko) um einen Fachplan Hochschulen und Wissenschaft unter Mitarbeit der betroffenen Einrichtungen erfüllt. Die schon lange geführten Debatten um unzureichende Kita-Kapazitäten drängen zunehmend in den Schulbereich. Nach jahrelanger Ablehnung unserer Vorschläge zur Nachnutzung städtischer Schulgebäude durch Sanierung und Umbau orientieren heute auch Stadtrat und Verwaltung stärker darauf. Vorhandene Schulen müssen nicht immer abgerissen werden, sie können durchaus durch Sanierung und Umgestaltung modernen

Anforderungen entsprechen. So werden unsere Anträge zum Erhalt der 3. Grundschule und der Pablo-Neruda-Grundschule umgesetzt. Erfolgreich war auch unser Einsatz für das Möbelhaus Porta auf der Alten Messe. Zusammen mit anderen Fraktionen erreichten wir das beschleunigte Bebauungsplanverfahren. Wie von uns vorgeschlagen, fügt sich der Neubau in die vorhandene Stadtstruktur ein, der Portikus der Halle 2 bleibt erhalten, und es gab einen Fassadenwettbewerb für eine repräsentative Außengestaltung. Weiterhin findet auf unsere Initiative hin ein Ingenieur- und Architektenwettbewerb für Brückenneubau und Grünachsegestaltung der Achse Straße des 18. Oktober bis Völkerschlachtdenkmal statt und wird das Planverfahren für ein Wohnquartier an der Windmühlenstraße fortgeführt.

➤ Siegfried Schlegel

• A 145 „Genehmigungsverfahren für die Ansiedlung des Möbelhauses Porta auf der Alten Messe“

• A 24 „Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens für den Standort eines Bürohauses der Fa. Unister am Brühl/Goethestraße“

• A 88 „Nachnutzungskonzept für das Areal der Pablo-Neruda-Grundschule im Ortsteil Zentrum Südost“

Verkehr effektiv und verträglich gestalten



Im Zusammenhang mit wachsenden Belastungen aus der Verkehrsentwicklung etablierten sich seit 2009 zahlreiche Bürgerinitiativen und –proteste. Ausgehend von Aktionen im Musikviertel initiierte DIE LINKE den Antrag „Großräumiges Routenkonzept für den Schwerlast- und Fernverkehr im Süden“. Es gelang uns dabei, andere Fraktionen mit ins Boot zu holen, so dass schließlich ein gemeinsamer Antrag von LINKEN, Grünen und SPD beschlossen wurde. Seine Umsetzung bleibt zu begleiten, denn wichtig ist das Ergebnis. Aufgegriffen haben wir ebenso die schwierige Verkehrssituation im Waldstraßenviertel und im Bereich Zoo. In mehreren öffentlichen Veranstaltungen stellten wir uns hitzigen Debatten und versuchten, dringende Probleme im Stadtrat einer Lösung zuzuführen. Auch hier konnte ein Ratsbeschluss zur Erarbeitung eines dezernatsübergreifenden großräumigen Veranstaltungskonzeptes für den Bereich Sportforum herbeigeführt werden. Wichtig ist für uns, die Lärm-, Staub- und Abgasbelastung der Wohngebiete zu mindern, um die Lebensqualität zu verbessern. Unser Ansatz bleibt weiterhin: Stärkung und Bevorrechtigung des Öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau des Radwegenetzes und Weiterführung der Strategie der tangentialen Straßenringe, um den Innenstadtrat zu entlasten. Mit großem Engagement unterstützten wir die Proteste, insbesondere der Grünauer

Bürgerinnen und Bürger, gegen die Stilllegung der S-Bahn-Linie S1. Wir konnten zumindest den Kompromiss erreichen, dass während der Stilllegung die Haltepunkte und die Strecke saniert und die Straßenbahnlinie 2 zeitweilig verlängert wird sowie, dass der „Grünolino“-Quartiersbus als Zubringer statt stündlich halbstündlich auf Kosten des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes bzw. der Deutschen Bahn fährt. Darüber hinaus ist der Oberbürgermeister beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Streckenstilllegung tatsächlich nur zeitweilig ist.

sprechenden Haushaltsanträgen kämpften Stadträte der Linksfraktion 2010 um eine sichere Querungsmöglichkeit in der Max-Liebermann-Straße/Höhe Franz-Mehring-Straße. Nach zwei Jahren Arbeit in den Stadtratsgremien ist diese Ampel jetzt im Bau. Bis zum Ende der Wahlperiode haben wir noch einiges vor. Nach dem Beschluss unseres Antrags „Verkehrsentwicklungsplan pro Klima“ ist nun zu prüfen, welche Erfahrungen der Stadt Hannover genutzt werden können, um in konkreten Maßnahmepaketen die CO₂-Emissionen des regionalen Personenverkehrs weiter



Bereits seit 1991 hat die Schulwegsicherheit für uns hohe Priorität. Schulwegsicherheitsmaßnahmen, wie Lichtsignalanlagen, Fußgängerüberwege, Gehwegnasen sind auch zum Vorteil für Kindergruppen, für Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Neben jährlichen ent-

zu senken. Und auch weitere Probleme, wie der Ausbaugrad der B 87 n oder die Verringerung des Schwerlastverkehrs in der Stadt durch ein Logistikzentrum, für die wir keine Mehrheiten finden konnten, sind nicht vom Tisch.

➤ *Jens Herrmann*

- A 100 „Bessere Berücksichtigung von Interessen der Anwohner des Waldstraßenviertels bei Großveranstaltungen im Sportforum“
- A 99 „Alternative für die befristete Stilllegung der S-Bahn-Linie S1“
- A 122 „Großräumiges Routenkonzept für den Schwerlast- und Fernverkehr im Leipziger Süden“



IMPRESSUM ➔ Herausgeber DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat zu Leipzig | Geschäftsstelle Neues Rathaus | 04092 Leipzig | GF Rüdiger Ulrich
Telefon (03 41) 1 23-21 50/-21 59 | Fax (03 41) 1 23-21 55 | linksfraktion@leipzig.de | www.linksfraktion-leipzig.de
V. i. S. d. P. Sören Pellmann | Redaktionsschluss: 13. 04. 2012 | nächste Ausgabe im Juli 2012

Gestaltung Susanne Weigelt, Leipzig | Bildnachweis Titelfoto: © Jörg Singer | S. 5: © ChaotiC_Photography/fotolia.com
S. 8: © Arno Bachert/fotolia.com | S. 10: © Siegfried Schlegel | S. 11: © ferkelraggae/fotolia.com